

zum Freundschaftsvertrag

Magnifizenz Prof. Dr. agr. habil Georg Müller:

Mit besonderer Freude erfüllt mich, daß dieser Vertrag unsere weitere Zusammenarbeit, die freundschaftlichen Beziehungen zu den sowjetischen Universitäten, die wir bereits vertraglich vereinbart haben, weiter vertieft wird, daß damit auch unsere Bemühungen um immer engere wissenschaftliche, geistig-kulturelle und menschliche Beziehungen (die uns schon die persönliche Anerkennung des sowjetischen Kulturattachés brachten) Würdigung finden.

Des weiteren glaube ich, den Werten des Genossen Chruschtschow - Freunden stehen alle Türen offen - entnehmen zu können, daß sich noch mehr als bisher für junge Wissenschaftler Möglichkeiten einer zeitlich begrenzten Tätigkeit in der Sowjetunion ergeben, wissenschaftliche Ergebnisse unmittelbar ausgetauscht werden, wie sich überhaupt neue und weitreichende Perspektiven der wissenschaftlichen Zusammenarbeit eröffnen.

Ich persönlich hatte schon reichlich Gelegenheit die Sowjetunion zu bereisen. Dabei konnte ich mich insbesondere von dem aufrichtigen Bemühen der sowjetischen Menschen überzeugen, mit uns in wahrer Freundschaft persönliche und wissenschaftliche Kontakte zu pflegen. Nach meinen sechs oder sieben Besuchen in der Sowjetunion pflege ich enge Beziehungen vor allem mit meinen Fachkollegen von den Bodenkundeinstituten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Diese Verbindungen werden, davon bin ich überzeugt, ebenfalls eine weitere Untermauerung erfahren.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß, nachdem wir zweimal bedeutende Delegationen bei uns empfangen konnten, im nächsten Jahr eine Delegation der Karl-Marx-Universität voraussichtlich unter meiner Leitung nach Leningrad fahren wird, um dort, auf sowjetischem Boden, im Geiste dieses Vertrages einen ausgedehnten und fruchtbaren Gedankenaustausch zu pflegen und weitere Vereinbarungen der Freundschaft zwischen unseren Universitäten zu treffen.

post

Zentralabteilung für das Hochschulfernstudium der Landwirtschaftswissenschaften:

Diplomarbeiten ausleihen - ja oder nein?

Seit drei Jahren sind wir dazu übergegangen, die Diplomarbeitsthemen der Absolventen des Fernstudiums aller Landwirtschaftlichen Fakultäten der DDR in einem Katalog zu erfassen, der eine jährliche Ergänzung erfährt. Derselbe wird an alle Landwirtschaftslehrer der Kreise und Bezirke, an alle MTS bzw. RTS und an die Landwirtschaftlichen Fakultäten, Hoch- und Fachschulen ausgegeben. Nach dieser relativ kurzen Zeit können wir feststellen, daß ein erheblicher Prozentsatz der Diplomarbeiten ausgeliehen wurde. Für einige Arbeiten - es sind dies in der Regel mit dem Ergebnis "sehr gut" bewertete - mußten wir die Zeit der Ausleihe, die allgemein mit einem Monat festgelegt wurde, auf drei Wochen verkürzen, um der großen Nachfrage gerecht zu werden. Die zahlreichsten Anforderungen kommen von Studenten, die sich selbst auf die Anfertigung einer Diplomarbeit vorbereiten. Auch das Interesse leitender Kader der Betriebe, der Landwirtschaftslehrer und anderer ist erheblich.

Die meisten Ausleiher fordern eine Erweiterung des Katalogs auf die Arbeiten der Hochschulen Bernburg und Meißen und des Direktstudiums.

Leider stehen dem jedoch einige Einwendungen der Lehrenden entgegen: Bei der Verwendung über den Bereich der Fakultät hinaus ist eine Kontrolle nicht oder kaum möglich, es besteht die Gefahr, daß längere Passagen für die eigene Arbeit übernommen werden können; und es gelangen auch Arbeiten zur Ausleihe, die nicht in allen Teilen einwandfrei Darstellungen enthalten.

Da es uns darum geht, auch in Zukunft wertvolle Auslegungen aus Diplomarbeiten einem möglichst großen Kreis von Interessierten zur Verfügung zu stellen, wären wir für Hinweise für die weitere Ausleihe sehr dankbar.

Doppel-Armeleuchter für Hoggan

In München wurde dem amerikanischen Hitlerverächter Prof. Dr. Hoggan, dessen Ausweisung aus der Bundesrepublik selbst SPD-Sprecher Banig forderte, ein doppelarmiger Leuchter geschenkt. Einflußreiche Kreise ließen verlauten, daß ihn der Symbolgehalt dieses Geschenks bewog, auf ein von der ASTA der Universität und der TH München geplantes Streitzgespräch zu verzichten.

Originell

40 deutschen Studenten bietet die Auslandsstelle des deutschen Bundesjugendringes "eine der originellsten Ferienreisen" - mit Swimming-Pools, Reitpferd, Rundreise durch den Krüger-Nationalpark und das Wolluisreservat - nach Südafrika!

Gewiß originell! Nach origineller aber der Preis: 1900 D-Mark! Am originellsten der Ausweg des Bundesjugendringes: "Wenn die 1900 D-Mark ... zuziel sind, dem kann die Auslandsstelle ... außerdem ein Praktikum in Südafrika vermitteln, wodurch die Kosten dieser Ferienreise erheblich gesenkt werden."

Ohne Swimming-Pool, ohne Reitpferd etc. p. p. - für die Arbeit und dafür, daß der Name "Ferienreise" erhalten bleibt, bezahlt der Student dann den erheblichen Rest der "erheblich gesenkten" Kosten.

Terror gegen Brasilens Universitäten

Der Terror der brasilianischen Reaktion führt zu chaotischen Verhältnissen an den Hochschulen des Landes. Der erste Schritt des neuen Erziehungsministers bestand z. B. darin, Bibliotheken von Werken fortschrittlicher Schriftsteller "säubern" zu lassen und die Alphabetisierungs-Aktion unter dem Vorwand einzustellen, daß diese dazu diene, "die kommunistischen Ideen zu verbreiten".

Zahlreiche international bekannte Professoren wurden entlassen und verhaftet. Studenten, die dagegen protestierten, werden von der Universität verwiesen. An den Universitäten von Rio Grande do Sul, Pernambuco, Guanabara, Bahia, Ceara geht der Terror besonders gegen die tüchtigsten und beliebtesten Professoren, was auf die Verbindungen zwischen den Kräften des Militärputsches und den faschistischen mittelständigen Professoren zurückzuführen ist, die damit ihre unbehaglichen Konkurrenz ausschalten wollen.

Leistung: zwischen „1“ und „5“

Einer Diplomandin an der Fakultät für Journalistik, die über Fernsehprobleme „von hoher aktueller Bedeutung“ schrieb, wird in der Beurteilung anerkannt, daß sie sich „dieser komplizierten Problematik zugewandt hat“, die „bisher nur relativ geringfügig“ erforscht wurde. Ihr wird auch bestreitet, daß sie „mäßig brennende Probleme... aufwirft, eigene Gedanken entwickelt...“

Dann aber kommt: „Es gelingt ihr jedoch nur selten, zum wirklichen Kern der Probleme vorzustoßen und über vereinzelte Ansätze zu Lösungswegen hinauszugelangen. Wesentliche Ursache dafür ist offenbar eine zu stark subjektiv gefärbte Betrachtungsweise...“ Und am Schluß der Beurteilung: „Die Arbeit... wird mit der Note 4 (ausreichend) bewertet.“

Uns steht nicht an, über die Note zu rechten, die zu geben der Institutsdirektor zugunsten einer Pünktlichkeit geübt haben soll. Aber man muß uns gestatten, im Zusammenhang damit, daß der erstbeurteilende Assistent die gleiche Arbeit mit Eins oder Zwei bewertete, an der „zu stark subjektiv gefärbten Betrachtungsweise“ anzuschließen.

Was bei Studenten eine Ursache ist, mit Vier zu bewerten, sollte bei Wissenschaftlern erst recht Anlaß sein, die Frage nach Maßstäben zu stellen. Bewertete der Assistent den Mut, brennende Probleme aufzuwerfen? Kannte er die Maßstäbe seiner Wissenschaft nicht? Gibt es solche objektiven Maßstäbe überhaupt?

Die letzte Frage ist gewiß provokatorisch, doch unseres Erachtens nicht völlig unberechtigt. Zwar handelt es sich im geschilderten Fall um eine Arbeit am Institut für Rundfunk- und Fernsehjournalistik, aber thematisch eng verwandt ist mit Problemen des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit. Und die Beurteilung einer der dort

geschriebenen Arbeiten führt zur gleichen Frage.

Unter der Beurteilung steht eine Eins. Auch hier ist nicht unsere Sache, die Note zu bekräftigen. Wohl aber die Begründung: „... er kommt zu einem richtigen Schluß...“ er bestätigt Prof. Dr. Budziszewski. Das sind nicht böswillig ausgewählte, sondern neben wenigen anderen die wertenden Sätze der Beurteilung. Der Großteil ist informierende Rezension. „Er beschließt seine Arbeit... mit der überzeugenden Schlussfolgerung, daß das Kernstück der journalistischen Arbeit die Argumentation ist.“

Diese These wagen wir sogar aus unserer Kenntnis der Dinge als zweifelhaft zu bezeichnen. Nicht zu leugnen ist jedenfalls, daß auch diese Beurteilung die Frage nach Maßstäben aufwirft - oder ist die Bestätigung der Worte eines Professors Maßstab genug?

Es wäre vielleicht aufschlußreicher, wenn es gelänge, die Zahl der Studenten festzustellen und zu analysieren, die Themen von „Theorie und Praxis“ wählten (wählten, nicht schrieben). Uns dünkt nämlich, daß darin der Prozentsatz der all-gemein für gut und sehr gut gehaltenen Studenten ziemlich gering sein muß. Sollte sich dieser Eindruck bestätigen und die Frage nach den Ursachen gestellt werden, dann könnte die Antwort die gleiche sein, wie auf die Frage, wieso eine Arbeit mit Eins und Fünf bzw. Vier beurteilt werden kann.

Der Rat der Fakultät wird sich, wie wir von Prodekan Prof. Brühn erfahren, in seiner nächsten Sitzung mit unserem ersten Beispiel beschäftigen. Das Ergebnis dieser Ratssitzung wird sicher sein, künftig darauf zu achten, daß Indiskretionen über unbestätigte Erstnoten unterbleiben. Zweifellos richtig und notwendig, aber zweifellos nicht das entscheidende Problem, das dem Rat am Herzen liegen wird.

Institutsdirektor Urbitzsch verurteilt die „zu stark subjektiv gefärbte Betrachtungsweise“ des Studenten. Was er in seiner Diplomarbeit beurteilt konnte - sich auf Feststellung und Beweis beschränken -, kann der Rat nicht. Er muß die Ursachen des Subjektivismus finden und beseitigen. **rom**

Akademische Roboter

Die Zahl derer, die mehr sich in Westdeutschland, die versuchen, Forschung und Lehre, Bildung und Ausbildung zu lernen, in der „Stuttgarter Zeitung“ bemüht die Herr Gerhardt die Geschichte bis in das 14. Jahrhundert und die Gegenwart bis zur Schmäherung der Hochschul-lehrer - die meisten von ihnen bräuchten sowieso nur eines von beiden: Forschung oder Lehre -, um die oben genannten Trennungen zu motivieren und die „Ausbildung“ der Akademiker in eine Art hochindustrialisierter Produktionsvorgang zu verwandeln.

Der Pferdefuß ist nicht zu übersehen: Die Zahl der benötigten wissenschaftlich-technischen Kader wächst in der ganzen Welt enorm. Um aber mehr Studenten in konventioneller Qualität auszubilden, braucht man auch mehr Geld. Es ist hinlänglich bekannt, daß in Bonn, da Atomraketen und ein verbildliches Hochschulwesen über die finanziellen Kräfte auch eines so vermögenden kapitalistischen Staates wie Westdeutschland gehen, eben u. a. an den Hochschulen gespart wird.

Ein weiterer Vorteil für Leute vom Schlage Gerhardts: Mit der notwendig steigenden Zahl von Hochschulabsolventen steigt die Zahl derer, die die dort erworbene Fähigkeit, exakt zu denken, auch auf die politische Problematik lenken. Nicht umsonst die Schikane gegen fortschrittliche Studentenzeitschriften, über die wir vor einigen Wochen berichteten. Also postuliert man die Voraussetzung für die Trennung von Forschung und Lehre: die Liquidierung der Bildung, die sich ja „angesichts der ständigen Zunahme verschlechterter und wertfreier Wissenssubstanzen“ sowieso ergibt!

Ergo: Akademiker haben wie Roboter nach „wertfreier“ Programmsteuerung zu funktionieren, sich um sonst nichts zu kümmern, auch nicht um die Verwendung ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse für oder gegen das Leben.

Tendenzen, die nicht neu in Deutschland, aber eben deswegen Warnung genug sind. **Ms.**

kommentare

Studentenfunktionär aus Westberlin über die DDR

In einer Ausgabe der Westberliner Studentenzeitung „Colloquium“ berichtet der ehemalige Vorsitzende des Westberliner Verbandes Deutscher Studentenschaften, Peter Müller, über seine Eindrücke, die er beim Deutschlandtreffen in der Hauptstadt der DDR gewonnen hat. Peter Müller, der auch Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) an der Dahlener Universität war, fordert in dem Artikel seine Kommilitonen auf, sie sollten ihre bisherigen Vorstellungen über das Verhältnis der DDR-Jugend zu ihrem Staat sowie über die Lösung der Deutschland-Frage ernsthaft überprüfen.

SHB München gegen Lübkes Wiederwahl

Die Gruppe München des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) hat die Empfehlung der SPD-Führung, die Wiederwahl des Nazirüstungsspezialisten Lübke zum Bundespräsidenten zu unterstützen, empört zurückgewiesen.

Weniger Stipendien

Wie der „Rheinische Merkur“ Anfang Juni feststellte, ist an den westdeutschen Hochschulen und Universitäten „die Zahl der Empfänger von Stipendien und Darlehen, gemessen

an der Gesamtzahl der Studierenden, von 29,2 auf 23,7 v. H. gesunken“. Jedoch sind gleichzeitig nach Angaben des „Merkur“ die monatlichen Ausgaben der Studenten um 25 Prozent gestiegen.

Professoren arbeiten im Keller

An der „Freien“ Universität in Westberlin herrschen ungläubliche Raumverhältnisse: Der ASTA stellte fest, daß z. B. am Institut für Psychologie 300 Studenten nur neun Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, für 1100 Mathematikstudenten ganze zehn Plätze! Professoren müssen sich mit schmalen zugigen Kellerräumen, ehemaligen Waschküchen und Abstellräumen begnügen. Umgebaute Küchen, Badezimmer und Toiletten werden für Seminararbeiten benutzt.

Harakiri nach dem Examen

Nach dem Aufnahmeexamen für die japanischen Universitäten steigt in jedem Jahr die Zahl der Selbstmorde, kommt die „Selbstmordwelle“ nach der „Examenhöhle“, weil längst nicht ausreichend Studienplätze vorhanden sind. Ein wohlhabender Japaner bestand die Prüfung 1963 im Alter von 33 Jahren, nachdem er vierzehnmals durchgefallen war. Viele derer, die nicht wohlhabend genug sind, so vierzehn Jahre zu überleben - begnügen Selbstmord.

Philosophikum für Jenenser Mediziner

Der Rat der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena beschloß, die medizinische Promotion künftig mit einem Philosophikum zu verbinden, und trug damit der wachsenden Notwendigkeit philosophisch-weltanschaulicher Kenntnisse Rechnung.

„Bonner Rundschau“, 3. 6. 1964:

Schufte ein Kommilitone im hundertsten Glied einer Schlange (nach Bedarf anzusetzen vor den Hörsälen, in der Mensa, beim Immatrikulieren oder Belegen, vor den Sprechzimmern der Professoren, am Eingang der Seminare...): „Die Hälfte der Zeit hier „versteht“ man. Und in der anderen Zeit, die man nicht „versteht“, versteht man leider auch wieder nur die Hälfte.“

„Süddeutsche Zeitung“, 9. 6. 1964:

... auf einem Presseabend in der Essener Zentrale des „Stiftersverbandes für die deutsche Wissenschaft“, einer Organisation, die sich selbst als „ausgewähltester Bettlerverein der Bundesrepublik“ bezeichnet...

fakten

Die deutsche Konföderation

Eine theoretisch-politische und völkerrechtliche Studie von Dr. jur. habil. Walter Poeggel und Prof. Dr. jur. habil. Ingo Wagner (Staatsverlag, Berlin 1964, Preis 12,80 DM)

Im Brief Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard vom 26. Mai 1964 werden erneut Vorschläge unterbreitet, die auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit dem Ziel ihres allmählichen Zusammenwachsens gerichtet sind. Insbesondere handelt es sich dabei um die Bildung gesamtdeutscher Kommissionen für verschiedene Fachgebiete und die Schaffung eines Deutschen Rates, der sich paritätisch aus Vertretern der Volkskammer der DDR und des Bundestages der Bundesrepublik zusammensetzt. In diesem Zusammenhang gewinnt die vorliegende Monographie besondere Bedeutung, denn die von den Verfassern für eine deutsche Konföderation entwickelten politischen und völkerrechtlichen Grundsätze und Prinzipien gelten mit entsprechenden Modifikationen auch für die Bildung der obengenannten Organe und darüber hinaus für den ge-

samtlichen Prozedur der Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zur Bildung einer Konföderation.

Ausgehend von der Theorie und Taktik der SED für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in Deutschland wird gezeigt, daß durch die Existenz von zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden mit Notwendigkeit die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen diesen beiden deutschen Staaten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die deutsche Konföderation wäre die geeignete Form, die Erfordernisse der friedlichen Koexistenz und die nationalen Interessen in maximaler Übereinstimmung zu verwirklichen. Die Konföderation wird eine besondere Form der Klassenausgleichssetzung von Sozialismus und Kapitalismus auf deutschem Boden sein, eine Form, in der ausgehend von Gewaltverzicht und der

Nichteinmischung in Fragen der Gesellschaftsordnung des anderen Staates der friedliche ökonomische Wettbewerb zur entscheidenden Sphäre der Auseinandersetzung wird. Zugleich wäre die Konföderation ein wahrer nationaler Kompromiß, der einzig noch verbliebene Weg zur Wiedervereinigung. Die Rechtssubjektivität der deutschen Nation ist durch die Bildung der beiden deutschen Staaten auf beide Staaten als gleichberechtigte Völkerrechtssubjekte übergegangen. Daraus ergibt sich, daß ihre Beziehungen nur vom zwischenstaatlichen Recht, vom geltenden Völkerrecht geregelt werden können und daß auch die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands „zu einem zwischenstaatlich-völkerrechtlichen Problem der Verbindung und Vereinigung von Staaten“ geworden ist (S. 76). Dieser besonderen Bedeutung des Völkerrechts für die Beziehungen der beiden deutschen Staaten im allgemeinen und der deutschen Konföderation im besonderen wird die vorliegende Arbeit im hohen Maße gerecht.

Die Konföderation ist in erster Linie ein Staatenbund, der durch einen völkerrechtlichen Vertrag der beiden deutschen Staaten entsteht. Die Organe der Konföderation (der Gesamtdeutsche

Rat, sein Vollzugsorgan, das Präsidium des Rates und die Kommissionen) sind entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz paritätisch zusammengesetzt. Auch eine Freie Stadt Westberlin könnte im Rahmen ihres Status Mitglied der deutschen Konföderation werden. Um zu gewährleisten, daß kein Partner in der Lage ist, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen, müssen auf die zu fassenden Beschlüsse völkerrechtliche Grundsätze angewandt werden, d. h., alle Beschlüsse werden rechtlich den Charakter von Empfehlungen haben. (S. 105).

Darin kommen die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundprinzipien des geltenden Völkerrechts, insbesondere das Prinzip der Souveränität, der Gleichheitsgrundsatz sowie das Nichteinmischungsprinzip zum Ausdruck. Erst im Prozedur der Angleichung werden schrittweise die getrennten Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten zu gemeinsamen Angelegenheiten und tragen zunehmend staatsrechtlichen Charakter.

Im letzten Abschnitt der Monographie wird gezeigt, daß die Konföderation als geeignete Form der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz in Deutschland nicht von heute auf mor-

gen erreicht werden kann. Zunächst gibt es erst einmal ein Minimum an korrekten Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin zu erzielen, wie es in dem vom VI. Parteitag unterbreiteten Sieben-Punkte-Programm für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens vorgeschlagen wird und nun erneut im Brief Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard seinen Ausdruck findet.

Insgesamt muß die vorliegende Monographie als ein gelungener Versuch eingeschätzt werden, die theoretisch-politischen und völkerrechtlichen Aspekte des Vorschlags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR zur Bildung einer deutschen Konföderation gründlich zu analysieren und überzeugend die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner Verwirklichung darzulegen. Damit haben die Verfasser einen wertvollen Beitrag zur Unterstützung unserer nationalen Politik geleistet und dem gesamtdeutschen Gespräch einen weiteren Anstoß gegeben.

Rolf Meißner, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Völkerrecht